

Industrie in Gefahr: Millionen Jobs stehen auf der Kippe!

Die Deindustrialisierung in Europa bedroht Millionen Jobs. Gewerkschaften fordern Maßnahmen für Industrie und Beschäftigung.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die europäische Industrie steht am Abgrund! Alarmierende Berichte warnen: 4,3 Millionen Arbeitsplätze in der EU sind gefährdet, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Die Industriellen und Gewerkschaften, darunter PRO-GE und GPA, fordern vehement Maßnahmen, um die industrielle Basis zu sichern. „Europa muss handeln und den europäischen Industriestandort stärken. Wir müssen die Wertschöpfung und Arbeitsplätze sichern“, betonen die beiden Gewerkschaftsführer Reinhold Binder und Karl Dürtscher, wie auf [ots.at](https://www.ots.at) berichtet. Die Gewerkschaften schlagen Alarm und fordern klare Investitionen in die Infrastruktur sowie Programme zur Schulung und Qualifizierung von Arbeitskräften, um die drohende Deindustrialisierung abzuwenden.

In Deutschland wird die Lage noch dramatischer. Laut [bpb.de](https://www.bpb.de) ist die deutsche Industrie in einer tiefen strukturellen Krise. Ein Beispiel dafür ist Volkswagen, das mit sinkenden Absatzzahlen kämpft und Personal abbaut. Der Rückgang der Produktion ist in vielen Branchen zu spüren, besonders in denen, die stark energieintensiv sind. So sind nach Umfragen von ifo-Institut etwa ein Viertel der Produktionskapazitäten ungenutzt. Mit dem anhaltenden Anstieg der Energiekosten steigt auch die Unsicherheit in der gesamten europäischen Industrie, während gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit stark leidet.

Kritische Entwicklungen

Der Rückgang in der deutschen Industrie hat auch weitreichende Implikationen: Acht Millionen Arbeitsplätze hängen direkt an produzierenden Unternehmen, und ein Verlust dieser Stellen könnte für ganze Regionen katastrophale Folgen haben. Die gewerkschaftlichen Verbände warnen, dass eine Absenkung von Arbeitnehmerrechten unter dem Deckmantel der Bürokratieabbau entschieden bekämpft werden muss. Der Strukturwandel hin zu Dienstleistungen ist unvermeidlich, könnte jedoch die deutschen Industriearbeiter besonders hart treffen. „Die Bundesregierung muss die Mittel für Forschung und Bildung erhöhen und Beschäftigte weiterqualifizieren“, fordern die Gewerkschaften.

Diese alarmierenden Ausblicke fordern jedoch auch politische Maßnahmen: Der Druck auf die EU-Kommission wächst, um einen strategischen Dialog zur Sicherung und Stärkung der Industrie in Europa zu initiieren. Der „Clean Industrial Deal“ der EU könnte zwar die Industrie unterstützen, doch die Dringlichkeit der Situation erfordert sofortige und umfassende Maßnahmen, damit die Millionen von Arbeitsplätzen in der EU nicht für immer verloren gehen.

Details	
Vorfall	Stellenabbau
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at